

Künftige Koalition

Die schwarz-gelbe Angst vor der Unterschicht

Von Mariam Lau 22. Oktober 2009, 18:52 Uhr

Deutschland drohen durch eine neue bildungsferne Unterschicht viele Probleme. Die Politiker der künftigen Koalition wissen das. Doch sie zögern, sich des Themas wirklich anzunehmen. Zwar planen sie einiges in Sachen Bildungsförderung und Integration. Das reicht aber bei Weitem nicht.



Foto: REUTERS. Angela Merkel und ihr künftiges Regierungsteam tun sich schwer mit der Unterschicht

Erkältungen, wohin man blickt. Reihenweise müssen Politiker aus CDU, CSU und FDP sich aus den aufreibenden Koalitionsverhandlungen verabschieden, weil sie verschnupft sind. Hinzu kommt die schlechte Presse, die man sich vor allem mit der Einrichtung des „Sondervermögens“ zur Stabilisierung der Sozialversicherungen eingehandelt hat. Vor allem war weit und breit kein Hauch von Gesellschaftspolitik zu spüren. Der erste handfeste Vorschlag, der aus der nordrhein-westfälischen Landesvertretung nach Außen drang: die Verankerung von Deutsch im Grundgesetz ließ für den Rest nichts Gutes ahnen: eine kostenfreie, völlig folgenlose Parole.

An dem Umstand, dass jedes Jahr 220.000 Schüler die Schule verlassen, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können („ohne Ausbildungsreife“, wie es im Fachjargon heißt), wird ein solcher Slogan nicht das Geringste ändern. Wären sie doch bloß so kalt, wie man es

immer von Schwarz-Gelb behauptet hat, konnte man da denken. Würden sie doch bloß eiskalt durchrechnen, was es uns kosten wird, wenn unsere Gesellschaft gleichzeitig immer älter und in den nachwachsenden Jahrgängen immer „bildungsärmer“ wird.

Eigentlich wissen es inzwischen ja alle, die Max-Planck-Institute, Experten und Jugendämter pfeifen es längst von den Dächern: Alterungsprozess und Bildungsarmut verstärken sich gegenseitig, wie ein Turbo. „Das alternde Deutschland“, so die FAZ-Redakteurin Inge Kloepfer in ihrem Buch „Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zukommt“, „kann sich seine neue Unterschicht gerade vor dem Hintergrund seiner demografischen Entwicklung immer weniger leisten.“ Oder, wer es nicht in „Herz-Jesu-Worten“ mag, sondern lieber in Kälte: „Jeder fünfte Jugendliche wird auf Dauer nicht produktiv sein und damit ökonomisch gesehen überflüssig.“

Sie präsentieren sich in Brüllshows

Vom totalen Erziehungsversagen vieler Eltern, von Jugendlichen (auch deutsch-stämmigen), die keinen vollständigen Satz mehr sprechen können, von zunehmender Verwahrlosung, von der Parzellierung der Gesellschaft in privat bewachte Oasen der Privilegierten, und den dunklen, immer eintöniger werdenden Rändern, aus denen die Unterprivilegierten erst nachts herausströmen – Kloepfers Szenario ist keine Erbauungsliteratur. Viele in der Koalition – vom Kanzleramtschef Thomas de Maizière, der eine Schlüsselrolle spielt, bis zur Bildungsministerin Annette Schavan – lesen ihr Buch mit Angst und Schrecken.



Wer wird was?

Postenpoker bei CDU, CSU und FDP

Die Liberalen haben den soziologischen Vordenker dieses neuen Phänomens eigentlich längst hervorgebracht: Ralf Dahrendorf hat schon Ende der achtziger Jahre vor einer neuen „Underclass“ gewarnt, die aus Leuten besteht, die anders als die im 19. Jahrhundert gar nicht mehr in die Verlegenheit kommen, ausgebeutet zu werden. Es wird mit ihnen nicht zu organisierten Klassenkonflikten kommen wie früher zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Sie sind nicht mehr der Stoff für Sozialdramen von Gerhart Hauptmann oder die „Schmuddelkinder“ von Franz-Josef Degenhardt; in den Containern von „Big Brother“ oder den Brüllshows präsentieren sie sich selbst – mit Aufstieg rechnen sie oft nicht mehr. Man bleibt da unter sich, womöglich auch in dem Gefühl, aufgegeben worden zu sein.

Aber aus dieser Unterschicht rekrutiert sich nicht die Wählerschaft der schwarz-gelben Koalition (obwohl immerhin neun Prozent der Arbeitslosen für die FDP stimmten). Die Frage ist, ob dieses Bündnis die Größe aufbringt, sich trotzdem an einer Gesellschaftspolitik zu versuchen, die ihr Rechnung trägt. Die Zeichen dafür schienen nicht gut zu stehen: kaum einer der Beteiligten möchte auch nur das „U-Wort“ in den Mund nehmen. (Einer, der es tat, sagte im Gespräch mehrfach beschwörend: „ist nicht abwertend gemeint! Ist nicht abwertend gemeint!!!“

"Was uns zusammenhält"

Ein Blick durch den ersten Entwurf des Koalitionsvertrags, der WELT ONLINE vorliegt, zeigt: Union und FDP haben sich durchaus Gedanken über die neue Unterschicht gemacht, auch wenn das Wort auf den bislang etwa 180 Seiten kein einziges Mal auftaucht. Aus wessen Perspektive der Entwurf geschrieben ist, ist ohnehin klar: „Der Mittelstand ist das Herz der Sozialen Marktwirtschaft“.

Dass man sich aber nicht auf die Eigentümergesellschaft zurückziehen will, in der es bürgerlich wäre, zu sagen „ist mir doch egal“ – das merkt der Leser vor allem in den hinteren Kapiteln, die sich der Bildung, den Familien oder der Integration widmen. „Was uns zusammenhält – solidarisch für eine lebendige Zivilkultur“. Das hat zwar einige sprachliche Ungetüme produziert – so ist von einer „nationalen Engagement-Strategie“ die Rede. Aber die Haltung ist klar. „Man will damit nicht sagen: ‚Seht, wo ihr bleibt‘“, hat der Soziologe Heinz Bude kürzlich über die Stimmung in der Mittelschicht gesagt. „Das ist nicht die herrschende Meinung in Deutschland. Man will nur, dass sich alle so weit selbst bemühen, wie sie können.“

Die Konzession an die CSU, die ein Betreuungsgeld von 150 Euro fordert für Eltern, die ihre Kinder zuhause erziehen (wohl wissend, dass bei den Hilfsbedürftigsten oft von Erziehung überhaupt keine Rede mehr sein kann), ist zwar noch enthalten – aber derart vage, dass es wohl auch zum ursprünglich vereinbarten Datum 2013 nichts wird. Man will Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass „mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie.“

Es hängt nicht allein am Geld

Bildungs- und Betreuungsgutscheine sollen verhindern – so will es jedenfalls die FDP - dass Geldleistungen in den Familien am unteren Ende der Gesellschaft in Alkohol, Drogen oder Elektronik umgesetzt wird (auch wenn das wieder nicht ausdrücklich so drin steht). Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser, in denen man die Energien und Kenntnisse der Alten nutzt, alleinerziehende Mütter entlastet und überhaupt „zusammenhält“, ohne dass notwendigerweise der Staat die Regie hat, lassen eben doch ein eigenständiges schwarz-gelbes Profil entstehen.

Man merkt dem Text an vielen Stellen an, wie viel ideologischen Ballast die Union schon abgeworfen hat. So galt es jahrelang als ausgemacht, dass die Verbreiterung von Bildungsabschlüssen diese entwertet. Heute will man mit einem Zukunftskonto und einem Startguthaben von 150 Euro auch denen zu einem Studium verhelfen, denen es nicht in die Wiege gelegt ist. Lernzeitkonten sollen die Forderung nach lebenslangem Lernen unterstützen.

Es hängt aber nicht allein am Geld. Bildungsbündnisse aller relevanten Akteure – Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung – sollen einzelne in den Blick nehmen, die durch den Rost zu fallen drohen. Dass es bei den Sprachtests im Vorschulalter, die von nun an verbindlich werden sollen, nicht allein um Migranten geht – dass auch immer mehr Kinder aus deutschstämmigen Familien mit unzulänglichen Sprachkenntnissen in die Schule kommen, ist der Steuerungsgruppe, die den Text verfasst hat, durchaus bewusst. Auch „Diversity-Strategien“ werden begrüßt!

Mehr Wegmarken oder mehr Stolpersteine?

Aus „Schlüsselaufgabe“ wird, wie gehabt, die Integrationspolitik bezeichnet. Statt eines eigenständigen Integrationsministeriums, das vom Tisch zu sein scheint, soll es ein Integrationsgesetz geben („Integration ist mehr als eine Teilmenge des Aufenthalts- und Asylrechts“), in dem Integrationskurse, neue Integrationsverträge zwischen der Bundesrepublik und ihren Zuwanderern, Beratung und Forschung zur Erfolgskontrolle enthalten sind. Der Migrationsforscher Professor Klaus Bade ist nicht ganz überzeugt: „Der eingeschlagene Weg ist sicher richtig“, so Bade zu WELT ONLINE. „Es fragt sich aber, was überwiegt: die richtungsweisenden Wegmarken oder die Stolpersteine?“ Da sei vieles noch unklar. „Ohne ein Machtwort der Kanzlerin“, so Bades Einschätzung, „wird einiges im Entwurf stecken bleiben.“

Es fehle an einer zureichenden Stärkung der Bundesinstitutionen für Migration und Integration. Gerade deswegen müssen gesellschaftspolitische Zuständigkeiten auch fernab der inneren Gefahrenabwehr gebündelt werden. Nötig dafür seien klare Kompetenzen und hinreichende Ausstattung.

Aber mehr als Zuständigkeiten wird es wohl Mut und Engagement brauchen. Die Tatsache, dass sich kein einziger Spitzenpolitiker in die „Sarrazin-Debatte“ eingeklinkt hat, spricht Bände. Im neu gewählten Bundestag sitzen ganze vier Abgeordnete mit Migrationshintergrund. Keiner von ihnen gehört der Regierungsfraktion an. Wie viel Hartz IV-Empfänger es wohl sind?